



Europäische
Investitionsbank

EIB Informationen

3 - 2001 • N° 109 ISSN 0250-3885

EIB-Forum ruft zu einer neuen Ära in der Partnerschaft Europa-Mittelmeer auf

Die Botschaft des EIB-Forums 2001 war eindeutig: Die Partnerschaft Europa-Mittelmeer muss intensiviert werden.

Die Erfolge und Misserfolge des Barcelona-Prozesses standen im Mittelpunkt des EIB-Forums 2001, das Ende Oktober in Sorrent (Italien) stattfand. Im Jahre 1995 unterzeichneten die Länder der Europäischen Union und zwölf Mittelmeer-Drittländer die Erklärung von Barcelona, die die Schaffung einer Freihandelszone bis zum Jahre 2010 vorsieht.

Das Forum ließ erkennen, dass der Partnerschaftsprozess Europa-Mittelmeer die Erwartungen bisher nicht erfüllt hat.

Vertreter der Mittelmeer-Drittländer bezeichneten die Umsetzung des MEDA-Programms der EU als langsam und komplex und erklärten, dass die EU derzeit vorrangig mit der Osterweiterung beschäftigt zu sein scheint.

Redner aus der EU betonten andererseits, dass die EU-Integration die Partnerschaft Europa-Mittelmeer positiv beeinflussen dürfte und der Partnerschaftsprozess nicht durch die Osterweiterung der EU verlangsamt werden wird. EU-Vertreter räumten ein, dass die Durchführung des MEDA-Programms, das EU-Zuschüsse in Höhe von 5,3 Mrd EUR vorsieht, bislang schleppend verläuft und Verfahren vereinfacht und beschleunigt werden müssen.

Es wurde ferner unterstrichen, dass die Mittelmeerländer ihre Anstrengungen im Hinblick auf die Modernisierung ihrer Volkswirtschaften und die Einführung von Strukturformen verstärken müssen, um Wachstum zu schaffen und ausländische Investitionen anzuziehen.

Spanien ist bereit, im Rahmen seines EU-Vorsitzes im Jahr 2002 dem Barcelona-Prozess neuen Antrieb zu verleihen. (Seite 2)



EIB-Präsident Philippe Maystadt verwies auf die Tatsache, dass das EIB-Forum in einer Zeit großer internationaler Spannungen stattfindet. Dass es trotz dieser Spannungen abgehalten wird, ist ein Signal: Die EU und die EIB werden es nicht zulassen, dass der vielversprechende Partnerschaftsprozess durch Terrorismus und Gewalt gebremst wird.

Mit einem jährlichen Finanzierungsvolumen von rund 1 Mrd EUR in den Mittelmeer-Drittländern spielt die EIB im Barcelona-Prozess eine maßgebliche Rolle.

Künftige Darlehenspolitik der EIB in den Beitrittsländern

Die Darlehensvergabe der EIB in den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas dürfte in sämtlichen für eine Finanzierung in Betracht kommenden Bereichen zunehmen. Der größte Teil der EIB-Darlehen wird zwar Investitionsvorhaben des öffentlichen Sektors zugute kommen, jedoch dürfte auch die Finanzierung von Vorhaben des privaten Sektors an Bedeutung gewinnen. Zum Zeitpunkt der Aufnahme der Beitrittsländer in die EU wird die EIB nach wie vor die bei weitem wichtigste internationale Institution für langfristige Finanzierungen sein, die in dieser Region operiert, und eine noch bedeutendere und herausforderndere Rolle übernehmen. (Seite 12)



Inhalt

| | |
|---|----|
| EIB-Forum 2001 Schwerpunkt: Mittelmeerraum | 2 |
| Die EIB stärkt ihre Kapazitäten zur Identifizierung strategischer Ziele und zur Unterstützung der Operationen | 9 |
| Ernennungen im Senior Management der EIB | 11 |
| Zukünftige Darlehenspolitik der EIB in den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas | 12 |
| Wagniskapitalfinanzierungen des EIF in den Beitrittsländern | 18 |
| Vergabe des EIB-Preises 2001 | 20 |



EIB-Forum 2001 Schwerpunkt: Mittelmeerraum

BEI EIB
FORUM
2001 SORRENTO

Während des EIB-Forums 2001 vom 25.-26. Oktober prüften etwa 400 Experten aus Regierungskreisen und Politik sowie aus dem Verwaltungs-, Industrie- und Bankensektor die Ergebnisse des Barcelona-Prozesses und erörterten die für den Erfolg bzw. den Misserfolg der wirtschaftlichen Entwicklung des Mittelmeerraums maßgeblichen Faktoren.

IEIB-Präsident Philippe Maystadt wies darauf hin, dass die verschiedenen Länder des Mittelmeerraums in den letzten Jahren eine sehr unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung verzeichneten.

„Einige Länder haben große Fortschritte gemacht, andere sind dagegen nach wie vor wirtschaftlich schwach.

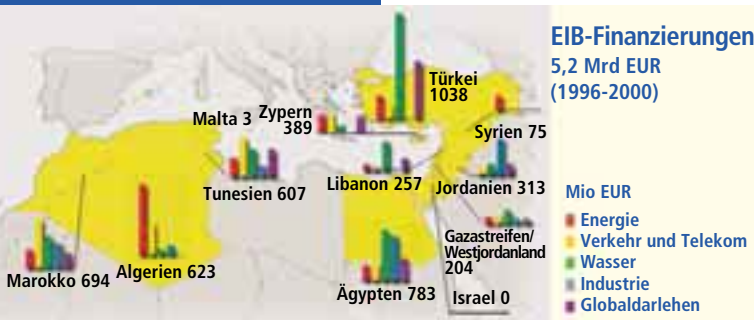
ihren Teil zur Sicherung makroökonomischer Stabilität und zur Schaffung steuerlicher und gesetzlicher Transparenz beitragen. Dies wird dem Barcelona-Prozess neue Impulse verleihen.

Eine nachhaltige Entwicklung in dieser Region kann nur durch eine noch engere Partnerschaft zwischen sämtlichen Ländern und Wirtschaftsakteuren gewährleistet werden. Der weitere Ausbau der „Süd-Süd“-Zusammenarbeit im Mittelmeerraum ist unerlässlich.“

Philippe Maystadt unterstrich, dass die EIB im Barcelona-Prozess mit einem jährlichen Finanzierungsvolumen von 1 Mrd EUR eine wichtige Rolle in

den Ländern des südlichen und östlichen Mittelmeerraums spielt.

„Die EIB ihrerseits ist bereit, ihre Darlehensvergabe zu beschleunigen, um die nationalen und internationalen Finanzierungsquellen zu ergänzen.“



Die Mittelmeerländer, die von den besseren Möglichkeiten einer bis zum Jahre 2010 zu schaffenden Freihandelszone mit der EU profitieren wollen, müssen ihre Anstrengungen zur Modernisierung ihrer Volkswirtschaften und zur Einleitung der erforderlichen Strukturformen verstärken, um Wachstum zu schaffen und ausländische Investitionen anzuziehen.

Die Europäische Union ist bereit, diesen Prozess zu unterstützen, jedoch müssen auch die Mittelmeerländer

Der Barcelona-Prozess in Kürze

Die Europäische Union und zwölf Mittelmeer-Drittländer unterzeichneten im Jahre 1995 die Erklärung von Barcelona.

Dieses Partnerschaftsabkommen Europa-Mittelmeer soll dauerhafte Stabilität und anhaltendes Wirtschaftswachstum im Mittelmeerraum durch politischen Dialog, kulturellen Austausch und Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und sozialen Fragen sicherstellen.

Das ehrgeizigste wirtschaftliche Ziel des Barcelona-Prozesses ist die Schaffung einer Freihandelszone bis zum Jahre 2010, d.h. freier Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen der EU und den Mittelmeer-Drittländern.

Die Infrastruktur muss ausgebaut und Strukturformen müssen durchgeführt werden.



Didier Reynders, Finanzminister, Belgien

„Obwohl es nicht direkt in den Rahmen des Barcelona-Prozesses fällt, muss betont werden, dass eine dauerhafte Lösung im Nahen Osten auch eine stabile wirtschaftliche und politische Entwicklung auf beiden Seiten des Mittelmeers fördern würde.“

In gleicher Weise kommt die Beteiligung der EIB und der EU am Stabilisierungs- und Entwicklungsprozess der Balkanländer der Partnerschaft Europa-Mittelmeer nur zugute. Auch Stabilität in den Balkanländern wirkt sich positiv auf diese Partnerschaft aus, obwohl Staaten bzw. Re-

gionen wie Kroatien, Bosnien, der Kosovo und die Bundesrepublik Jugoslawien nicht direkt am Barcelona-Prozess beteiligt sind.

Eine der größten Herausforderungen besteht darin, den Handel zwischen den Partnerländern des südlichen Mittelmeerraums zu verstärken. Diese Region ist heute noch zu wenig integriert, da der interregionale Handel weniger als 10% des gesamten Außenhandels dieser Länder ausmacht.

Eine weitere Tatsache ist, dass Europa nicht genug in dieser Region investiert. Es muss also ein attraktives Investitionsklima geschaffen werden.

Wir müssen ferner eingestehen, dass das MEDA-Programm, das Zuschüsse von 5,3 Mrd EUR vorsieht, bisher nur

unzureichend umgesetzt wurde. Weniger als 30% der für den Zeitraum 1996-2000 zur Verfügung stehenden Mittel wurden ausgezahlt. Wir müssen die Verfahren für die Mittelvergabe im zweiten Programmabschnitt (2001-2006) vereinfachen und beschleunigen. Darüber hinaus müssen die Partnerländer zur Umsetzung von Projekten aufgefordert werden, indem sie beispielsweise ihre Beschlussfassungsverfahren dezentralisieren.

Als ein Vertreter des belgischen EU-Vorsitzes möchte ich ferner darauf hinweisen, dass die Einführung einer einheitlichen Währung ein starkes politisches Integrationssignal darstellt. Die EU-Integration dürfte die Partnerschaft Europa-Mittelmeer, die es zu intensivieren gilt und die durch die EU-Osterweiterung nicht verlangsamt werden wird, positiv beeinflussen.“ ■

Didier Reynders hob hervor, dass es angesichts der komplexen internationalen Lage um so wichtiger ist, den Europa-Mittelmeer-Dialog zu vertiefen und die Zusammenarbeit in dieser Region voranzutreiben.



Kemal Dervis, Wirtschaftsminister, Türkei

„Regionale und internationale Organisationen spielen bei der Einführung von Strukturreformen im Mittelmeerraum eine wichtige Rolle.“

Diese Reformen müssen im Hinblick

auf wirtschaftliche, politische und soziale Funktionen, wie sie z.B. der Bildungssektor ausübt, durchgeführt werden. Nur so werden wir eine soziale Plattform für weiteren Fortschritt schaffen.

Die erforderlichen Institutionen müssen im Rahmen von Strukturreformen geschaffen werden. Zur

Bekämpfung von Korruption ist Transparenz notwendig.

In der Türkei haben wir in dieser Hinsicht viele Fortschritte erzielt und so in der Bevölkerung Vertrauen geschaffen.“ ■

„Kapital ist nicht ohne weiteres verfügbar. Ich möchte Ihnen erläutern, was wir getan haben, um ausländische Ersparnisse anzuziehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir der festen Ansicht sind, dass nicht zwischen Maßnahmen zur Förderung ausländischer Direktinvestitionen und solchen zur Förderung inländischer Investitionen unterschieden werden sollte.“

Wir haben damit begonnen, ein stabiles und transparentes makroökonomisches Management aufzubauen und sichere Grundlagen dafür zu schaffen; wir haben neue sektor-

spezifische Maßnahmen (Strom, Telekommunikation, Häfen) eingeführt und institutionelle Reformen (Zoll- und Steuerverwaltung etc.) eingeleitet.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir ferner die ausländisches Eigentum betreffenden gesetzlichen Bestimmungen gestrafft und verbessert und weitgehend jegliche rechtliche Unterscheidung zwischen

Ahmed El-Dersh, Minister für Planung und internationale Zusammenarbeit, Ägypten

ägyptischen und ausländischen Unternehmen beseitigt. Wir haben den Kapitalverkehr liberalisiert und einen umfassenden Rahmen für die Schlichtung inländischer und internationaler Handelsstreitigkeiten geschaffen. Ferner haben wir ausländischen Investoren die Möglichkeit eingeräumt, bis zu 100% eines Unternehmens zu besitzen. Wir führen diese Reformen mit vollem Engagement durch.“ ■





Fethi Merdassi, Minister für internationale Zusammenarbeit und Auslandsinvestitionen, Tunesien

„Die Ziele des Barcelona-Prozesses sind bisher nur teilweise erreicht worden. Die Umsetzung des Zuschussprogramms MEDA der EU ist langsam und komplex.

Darüber hinaus haben wir hier im Süden den Eindruck, dass die Partnerschaft Europa-Mittelmeer keine

strategische Priorität für die EU darstellt, da sie momentan vorrangig mit der EU-Osterweiterung befasst ist. Außerdem muss unterstrichen werden, dass wir generell nicht der Auffassung sind, dass das Interesse der EU für den Osten in Widerspruch zu ihrem Engagement im Mittelmeerraum steht. Wachstum in einer Region kann Investitionsmöglichkeiten in einer anderen Region eröffnen.

Es ist heute absolut unerlässlich, dem Barcelona-Prozess erneut Auftrieb

zu verleihen und das Vertrauen in dieses Projekt wiederherzustellen. Tunesien möchte betonen, dass der Prozess der Partnerschaft Europa-Mittelmeer nicht ausschließlich durch Marktmechanismen gesteuert werden kann.

Nach den tragischen Ereignissen vom 11. September brauchen die Mittelmeerländer ein starkes politisches Signal, um das Vertrauen der Investoren in diese Region zu verbessern.“ ■

Laurent Fabius, Minister für Wirtschaft und Finanzen, Frankreich

Laurent Fabius erklärte, dass es angesichts der angespannten internationalen Lage wichtiger als je zuvor ist, beim EIB-Forum 2001 zusammenzukommen.

„Dieses Forum zeigt deutlich, welche wichtige stabilisierende Rolle die Partnerschaft Europa-Mittelmeer spielt.

Der Mittelmeerraum kann sich zu einer wirklichen Region des Wohlstands entwickeln, wenn die Chancen richtig genutzt werden. Dies mag relativ optimistisch klingen angesichts der Entwicklungsunterschiede zwischen Europa und der Re-

gion von Marokko bis zur Türkei, wobei das BSP der Türkei gerade mal 7% des durchschnittlichen BSP der EU ausmacht.

Als erstes muss die hohe Arbeitslosenquote reduziert und so Generationen aktiver junger Leute und Frauen der Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Dies wird nur durch Investitionen in qualitativ hochwertige Bildungseinrichtungen, durch die Modernisierung der Länder und den Aufbau eines Infrastrukturnetzes, das die 27 Länder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer verbindet, möglich sein.

Die Länder der Mittelmeerpartnerschaft haben im Hinblick auf Europa hohe Erwartungen. Sie erwarten Unterstützung in finanzieller Hinsicht, so wie sie von der EIB geleistet wird, sowie bei der Durchführung institutioneller Reformen und im Bildungsbereich, den Austausch von Know-how und eine bessere Aufnahme von Einwanderern in unseren Ländern.

Wir erwarten im Gegenzug die Schaffung eines investitionsfreundlicheren Umfelds und eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen.“ ■



„Ich hoffe aufrichtig, dass das EIB-Forum 2001 den Beginn einer neuen Ära in der Partnerschaft Europa-Mittelmeer signalisiert.“

Von der EIB mitfinanzierte Projekte: Alexandria National Iron and Steel Company, Ägypten, Marmara Earthquake Emergency Reconstruction, Türkei, und KMU-Aktivitäten, Tunesien.



Fathallah Oualalou: Die Partnerschaft Europa-Mittelmeer hat die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllt.



„Elf von zwölf Ländern des südlichen Mittelmeerraums weisen ein chronisches Handelsdefizit gegenüber der EU auf. Darüber hinaus entsprechen die Süd-Süd-Handelsströme im Allgemeinen nur fünf Prozent des Außenhandels dieser

Fathallah Oualalou, Minister für Wirtschaft, Finanzen, Privatisierung und Fremdenverkehr, Marokko

Länder. Zudem wurde im vergangenen Jahr nur ein Prozent der Auslandsinvestitionen der EU in den Ländern des südlichen Mittelmeerraums getätigt.

Wir haben nur eine Möglichkeit: den Barcelona-Prozess zu vertiefen, indem wir alle erforderlichen Mittel einsetzen. Die Verantwortung liegt sowohl bei uns als auch bei den EU-Institutionen.

Ich schlage vor, dass die EU konstruktive Verhandlungen mit den

hoch verschuldeten Ländern aufnimmt, um Wege zu finden, wie diese Länder von der schweren Belastung ihrer Haushalte befreit und in die Lage versetzt werden können, ihre Mittel für Maßnahmen einzusetzen, die für ihre Entwicklung wesentlich sind.

Aus den tragischen Ereignissen des 11. September erwächst für uns die Verpflichtung, uns Sinn und Bedeutung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer neu bewusst zu machen.“ ■

Miquel Nadal Segalá, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Spanien

„Es gibt sehr große Unterschiede zwischen den Ländern auf beiden Seiten des Mittelmeers.

In den nördlichen Mittelmeerländern liegt das jährliche Pro-Kopf-Einkommen bei etwa 20 000 USD, wohingegen es im Süden nicht mehr als 1 500 bis 2 000 USD beträgt.

Die südlichen Mittelmeerländer haben in den letzten Jahren gegenüber den nördlichen an Boden verloren. In keiner anderen Region der

Welt findet man so große Unterschiede auf so kleinem Raum.

Wir müssen die wirtschaftliche Integration weiter vertiefen, indem wir die Märkte öffnen. Die europäischen Märkte sollten für Produkte aus den südlichen Mittelmeerländern, z. B. für Textilien, frei zugänglich sein.

Gleichzeitig müssen wir für mehr Investitionen im Süden sorgen. Die Märkte im südlichen Mittelmeerraum haben an Attraktivität verlo-

ren. Die EU-Länder haben 100 Mrd EUR in Lateinamerika investiert, jedoch nur 6,7 Mrd EUR in den südlichen Mittelmeerländern.

Neben dem wirtschaftlichen Aspekt des Barcelona-Prozesses gibt es den sozialen Aspekt, der eine große strukturelle Herausforderung darstellt.

Spanien beabsichtigt, während der EU-Präsidentschaft im nächsten Jahr den Barcelona-Prozess neu zu beleben; um Erfolg zu haben, benötigen wir jedoch die Unterstützung aller anderen 26 Partner in diesem Prozess.“ ■



„Beim Handel der mittel- und osteuropäischen Länder mit der EU sowie bei den ausländischen Direktinvestitionen aus der EU in diesen Ländern ist ein Aufwärtstrend zu verzeichnen.“

Giuliano Amato, ehemaliger italienischer Ministerpräsident, Professor für Rechtswissenschaften in Florenz und New York

Bei den Staaten, über die wir hier sprechen, ist das Gegenteil der Fall; die Lage verschlechtert sich. Der wirtschaftliche Austausch zwischen der EU und den Ländern der Partnerschaft EU-Mittelmeer ist laut Statistik extrem gering und geht sogar noch weiter zurück. Langfristige Investitionen in diesen Ländern gelten als risikoreich.

Die Länder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer müssen ihre Volks-

wirtschaften weiter umstrukturieren; sie müssen dafür Zölle abbauen, verstärkt privatisieren und ein für Investitionen günstigeres Umfeld schaffen.

Dieser Prozess ist schwierig, und das bisher Geleistete reicht nicht aus. Er bedarf einer neuen Dynamik. Neue, dringend benötigte Arbeitsplätze und weitere Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum müssen geschaffen werden.“ ■



Windfarm, Tetouan - Marokko



Miquel Nadal Segalá:
„Das Mittelmeer ist heute eher ein Meer, das trennt, als eines, das verbindet.“

Giuliano Amato:
„Die Länder südlich und östlich des Mittelmeers befinden sich in einer elementaren Krise.“

Pedro Solbes Mira begegnete kritischen Äußerungen aus den Ländern der Mittelmeerpartnerschaft mit der Zusage, die Zuschusshilfe in Höhe von 5,3 Mrd EUR aus dem MEDA-Programm effizienter zu gestalten.



Pedro Solbes Mira, EU-Kommissar für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten

Aufbau grenzüberschreitender Infrastrukturnetze in den Bereichen Telekommunikation, Energie und Verkehr, insbesondere mit finanzieller Unterstützung durch die EIB.

Die Verwirklichung dieser ehrgeizigen Ziele angesichts der gegenwärtigen Lage der Weltwirtschaft erfordert enorme Anstrengungen; die EU ihrerseits ist bereit, sich dieser Herausforderung zu stellen.“

Der Kommissar brachte auch seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die Einführung des Euro sich positiv auf die anderen Länder der Welt und insbesondere auf die Handelspartner Europas auswirken wird.

„Die positiven Wachstumseffekte in der EU, die auf reduzierten Kosten, größerer wirtschaftspolitischer Disziplin und einem stabileren Handelsumfeld beruhen, werden auch unseren Handelspartnern zugute kommen.

Je enger die Verbindungen zwischen der EU und zwischen Drittstaaten werden, umso stärker werden auch die positiven Auswirkungen sein. Auf die EU entfallen bereits etwa 50% des Handels mit Waren und Dienstleistungen im Mittelmeerraum. Die Einführung des Euro dürfte daher von besonderer Bedeutung für die Mittelmeerländer sein.“

„Unser Ziel ist die Schaffung der Freihandelszone Europa-Mittelmeerraum bis 2010 und die Förderung der Süd-Süd-Handelsintegration sowie der Harmonisierung des rechtlichen und regulatorischen Rahmens.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist der

Lord Rothschild, Vorsitzender der Rothschild Capital Ltd

Lord Rothschild behandelte das Thema des Forums unter einem anderen Gesichtspunkt, der die große Vielfalt der Aktivitäten im Bereich Europa-Mittelmeer erkennen ließ. Er ging auf die Butrint-Stiftung ein, die mit dem Ziel gegründet wurde, Albanien bei der Bewahrung der archäologischen Stätte von Butrint im südlichen Albanien - gegenüber von Korfu - zu unterstützen.

„Seit der Gründung der Butrint-Stiftung im Jahr 1993 ist viel erreicht worden. Der Nationalpark Butrint mit einer Größe von 29 Quadratkilometern wurde geschaffen, um die Ruinen von Butrint und ihre Umgebung erhalten zu können. Die UNESCO setzte Butrint auf die Liste des bedrohten Weltkulturerbes und hat Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen die Verwaltung der Stätte verbessert werden soll.

Butrint war – wie Albanien – 1993 nahezu unbekannt. Heute ist vielen klar, dass Butrint nicht nur einen bedeutenden Teil des kulturellen Erbes Albaniens darstellt, sondern auch wirtschaftliches Po-

tenzial für das Land bietet. Jeder Journalist, der über Butrint schreibt, jeder Kameramann, der dort filmt, trägt dazu bei, das negative Bild von Albanien zu korrigieren, das für Investoren so abschreckend ist.

Wie konnte dies in einem Land erreicht werden, das ganz allgemein - auch jetzt noch - als schwierig gilt? Die Antwort lautet: durch eine ungewöhnliche Partnerschaft, die zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor entstanden ist.

Partner sind die Butrint-Stiftung, die sich dem Projekt und Albanien verpflichtet fühlt, die albanischen Behörden, eine Gruppe privater Stiftungen, die sich für archäologische Stätten und ihre Bewahrung einsetzen, die UNESCO, die Europäische Union und internationale Finanzierungsinstitutionen wie die Weltbank und die EBWE; auch die EIB ist ein potenzieller Partner.

Dies alles ist sehr ermutigend, doch bleibt noch viel zu tun. Wir haben die Grundlage für nachhaltigen Tourismus geschaffen. Voraussetzung hierfür ist jedoch die erfolgreiche Bewahrung von Butrint. Wir müssen Bürger und Behörden vor Ort davon überzeugen, dass dies in ihrem wirtschaftlichen Interesse liegt. Das heißt, sie müssen erkennen, dass nachhaltiger Tourismus - der mit der Bewahrung der historischen Stätten vereinbar ist - langfristig mehr Arbeitsplätze schafft als Massentourismus“.



François Perigot, Ehrenpräsident der Vereinigung der europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbände (UNICE)

„Wir dürfen uns von der Entwicklung des Barcelona-Prozesses nicht entmutigen lassen. Sie verlief zwar langsam, jedoch bedeutet dies nicht, dass wir die Schlacht schon verloren haben.“

Eine der größten Herausforderungen besteht darin, die Partnerschaftsländer im Süden für Investoren attraktiv werden zu lassen. Es muss ein starker politischer Wille zum Ausdruck gebracht werden, dass die Nord-Süd-Integration für Europa absolute Priorität genießt. Wir müssen diesen Ländern helfen, eine auf freiem Wettbewerb und Handel beruhende Wirtschaft aufzubauen.“

Ahmed Lahlimi, Minister für Sozialwirtschaft und KMU, Beauftragter für allgemeine Angelegenheiten der Regierung, Marokko

„Die EU und die EIB könnten den Schwerpunkt vielleicht auf KMU legen, da diese nicht selbst über die Mittel verfügen, um die Herausforderungen zu bewältigen. Dies ist mehr eine Frage von Bildung und Ausbildung sowie der Organisation als eine Frage des Geldes. Es ist jedoch ebenso wichtig, den Zugang zu Mitteln aus dem MEDA-Programm zu erleichtern, das bisher zu zentral und bürokratisch verwaltet wird. Bei der Bereitstellung der Mittel für die Länder des Südens mangelt es an Effizienz.“

Henri Proglie, Generaldirektor von *Vivendi Environnement*, Frankreich

„Eine effizientere Privatisierung vorhandener und neuer Infrastruktur in der Region erfordert die Zusammenarbeit zwischen der EIB sowie Institutionen und Infrastrukturbetreibern in den verschiedenen Ländern. Verschiedene Modelle für öffentlich-private Partnerschaften sind möglich, jedoch müssen sie von geeigneten Finanzierungen begleitet werden.“

Die Beseitigung der derzeitigen Engpässe ist nur möglich durch echte Verbesserungen des Konzepts der öffentlich-privaten Partnerschaft sowie durch die schnellere und vor allem auch kreativere Konzeption von Finanzierungsstrukturen für diesen Partnerschaftsansatz.“

Fernando Gutiérrez de Vera, Geschäftsführender Direktor und Finanzvorstand des *Grupo Dragados*, Spanien

„Wir müssen in den verschiedenen Ländern die erforderlichen Bedingungen schaffen, um den adäquaten Transfer finanzieller Mittel zur privaten Finanzierung von Infrastrukturprojekten zu gewährleisten. Zwei Schlüsselemente sind notwendig, um private Investitionen anzuziehen: ein ausreichendes Maß an wirtschaftlicher Stabilität und ein geeigneter rechtlicher Rahmen.“

Nur so ist es möglich, das Volumen und das Tempo der Investitionen in Infrastruktureinrichtungen zu erhöhen. Darüber hinaus kommt es darauf an, den laufenden Betrieb und die Instandhaltung der Anlagen, die Erbringung von Dienstleistungen, die Einführung von Managementsystemen sowie den Transfer von Know-how und die Entwicklung des Humankapitals sicherzustellen.“

Pierluigi Ciocca, Stellvertretender Generaldirektor der *Banca d'Italia*

„In aufstrebenden Volkswirtschaften, wie denen des südlichen Mittelmeerraums, sind ein angemessener rechtlicher Rahmen, der international als solcher anerkannt ist, und ein Finanzsystem, das gegenüber dem Ausland offen ist und Veränderungen zulässt, grundsätzliche Voraussetzungen für Fortschritte. Die finanziellen Strukturen in den Mittelmeerländern unterscheiden sich immer noch stark voneinander, jedoch findet in allen ein intensiver Prozess der Veränderung statt.“

Brahim Benjelloun, Generalsekretär, *Banque Marocaine du Commerce Extérieur*, Marokko

„Es ist wichtig, in Ländern wie unserem die Aufmerksamkeit auf die soziale Verantwortung der Unternehmen zu richten, so dass eine auf Solidarität beruhende Wirtschaft entsteht. Aus diesem Geiste entwickeln Banken wie die, die ich verrete, z.B. Programme für Mikrokredite.“

Investitionen in das Humankapital, vor allem in Bildung und berufliche Ausbildung, sind ebenfalls eine wesentliche Voraussetzung für Finanzierungen in Marokko und die Entwicklung des Landes.“

Yavuz Canevi, Vorsitzender des Verwaltungsrats der *Türk Ekonomi Bankası (TEB)*, Türkei

„Der Schwerpunkt der Stabilisierungsprogramme, die seit Januar 2000 in der Türkei durchgeführt und vom IWF unterstützt werden, liegt in erster Linie auf der Reform des Finanzsystems. Die Vertiefung und Erweiterung des Finanzsektors muss fortgesetzt werden, unter anderem durch die Senkung der hohen steuerlichen Belastung der Finanzintermediation.“

Banken und andere Institutionen, die sich in Staatsbesitz befinden, sollten privatisiert werden. Die rechtlichen Grundlagen sollten an die internationalen Standards angepasst werden. Darüber hinaus müssten Märkte für komplexere Instrumente geschaffen und gefördert und die Bestimmungen zur Führung und Kontrolle von Unternehmen verbessert werden.“

Ahmed Abdelkefi, Präsident der *Tuninvest Finance Group*, Tunesien

„In Tunesien ist bereits ein gesetzlicher und regulatorischer Rahmen, der allgemein anerkannten internationalen Standards entspricht, vorhanden, und die Börse in Tunis steht internationalen Anlegern offen.“

Jedoch sind die Ergebnisse bisher hinter den Erwartungen zurückgeblieben, da die Unternehmen nicht ausreichend transparent sind und die Behörden - z.B. bei Privatisierungen - nicht genügend Vertrauen in ausländische Investoren setzen.“

Jean-Louis Biancarelli, Direktor mit Generalvollmacht der *Direktion Finanzierungen außerhalb der EU*, EIB

„Finanzieren ist nicht das Hauptproblem. Finanzielle Ressourcen stehen bzw. stünden zur Verfügung, wenn das Umfeld für die Investitionen die Erwartungen der Investoren erfüllen würde. Ein institutioneller Rahmen, d.h. ein gut funktionierendes System, wird in den Ländern der Region dringend benötigt. Ausgewogene und transparente rechtliche und steuerliche Bedingungen sind für die Förderung privater Initiativen unerlässlich.“

Die veraltete Struktur vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen in der Region führt zu mangelnder Transparenz der Unternehmensführung und erschwert Finanzierungen aus dem Ausland bzw. macht sie gelegentlich sogar unmöglich.“



François Perigot



Ahmed Lahlimi



Henri Proglie



Fernando Gutiérrez de Vera



Pierluigi Ciocca



Brahim Benjelloun



Yavuz Canevi



Ahmed Abdelkefi



Jean-Louis Biancarelli

25. Oktober 2001

ERÖFFNUNG DES FORUMS :

- **Philippe Maystadt**, Präsident der EIB
- **Didier Reynders**, Finanzminister, Belgien

1. SITZUNG : Der Barcelona-Prozess - Erfolge, Aussichten und Prioritäten für die wirtschaftlichen Aktivitäten"
Leitung: **Francis Mayer**, EIB-Vizepräsident

- **Kemal Dervis**, Wirtschaftsminister, Türkei
- **Ahmed Mahrous El Dersh**, Minister für Planung und internationale Zusammenarbeit, Ägypten
- **Fethi Merdassi**, Minister für internationale Zusammenarbeit und Auslandsinvestitionen, Tunesien
- **Laurent Fabius**, Minister für Wirtschaft und Finanzen, Frankreich
- **Fathallah Oualalou**, Minister für Finanzen, Wirtschaft, Privatisierung und Fremdenverkehr, Marokko
- **Miquel Nadal Segalá**, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Spanien

OFFIZIELLES ABENDESSEN mit Gastredner **Predrag Matvejevič**, Schriftsteller und Essayist, Vizepräsident des internationalen PEN-Clubs, London, und Präsident der Stiftung „Laboratorio Mediterraneo“, Neapel

26. Oktober 2001

2. SITZUNG : „Investitionen und Finanzierung"
Einführung:

- **Prof. Giuliano Amato**, Europäisches Universitätsinstitut, Florenz, Italien
- **Pedro Solbes Mira**, EU-Kommissar für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten

1. Teil : „Welche Engpässe hemmen die wirtschaftliche Entwicklung?"

Leitung : **Ewald Nowotny**, EIB-Vizepräsident

- **François Perigot**, Ehrenpräsident der Vereinigung der europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbände (UNICE)
- **Ahmed Lahlimi**, Minister für Sozialwirtschaft und KMU, Beauftragter für allgemeine Angelegenheiten der Regierung, Marokko
- **Henri Progllo**, Generaldirektor von Vivendi Environnement, Frankreich
- **Fernando Gutiérrez de Vera**, Geschäftsführender Direktor und Finanzvorstand des Grupo Dragados, Spanien
- **Lord Jacob Rothschild**, J Rothschild Capital Ltd, Vereinigtes Königreich

2. Teil : „Wie soll die Entwicklung finanziert werden?"

Leitung : **Alfred Steinherr**, Chefvolkswirt, EIB

- **Pierluigi Ciocca**, Stellvertretender Generaldirektor der Banca d'Italia, Italien
- **Brahim Benjelloun**, Generalsekretär, Banque Marocaine du Commerce Extérieur, Marokko
- **Yavuz Canevi**, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Türk Ekonomi Bankasi (TEB), Türkei
- **Ahmed Abdelkefi**, Präsident der Tuninvest Finance Group, Tunesien
- **Jean-Louis Biancarelli**, Direktor mit Generalvollmacht der Direktion Finanzierungen außerhalb der EU, EIB

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Massimo Ponzellini, EIB-Vizepräsident

SCHLUSSWORT

Vito Tanzi, Staatssekretär, Finanzministerium, Italien



Vito Tanzi, Staatssekretär, Finanzministerium, Italien, beendete das Forum mit einem Schlusswort: „Die Mittel sind vorhanden, der institutionelle Rahmen muss erst noch geschaffen werden.“ Vito Tanzi ging auch auf die Einführung des Euro ein: „Eine engere Verbindung zwischen dem Euro und einigen der Währungen der Länder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer könnte ein Beitrag zu einer intensiveren und effektiveren Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd sein.“

Gastredner beim EIB-Forum 2001 war **Predrag Matvejevič**, Schriftsteller und Professor, der zur Zeit Slawistik an der Universität „La Sapienza“ in Rom lehrt. Der in Mostar (Bosnien und Herzegowina) geborene **Predrag Matvejevič** ist auch Präsident der Stiftung „Laboratorio Mediterraneo“ und Vizepräsident des internationalen PEN-Clubs.

Er veröffentlichte unter anderem ein Buch über das Mittelmeer mit



dem Titel „Der Mediterran. Raum und Zeit“. Schwerpunkt des Werks sind die Länder, die das mare nostrum umgeben.

Die Vertreter der EIB, die Vizepräsidenten Francis Mayer and Ewald Nowotny sowie Chefvolkswirt Alfred Steinherr leiteten die Sitzungen; Vizepräsident Massimo Ponzellini hatte die Aufgabe, Schlussfolgerungen aus den Vorträgen von insgesamt etwa sieben Stunden Dauer zu ziehen.



Thema des nächsten EIB-Forums am 7./8. November 2002 in Wien wird die Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern sein. Die zukünftige Finanzierungspolitik der EIB in diesen Ländern wird auf den Seiten 12-19 dargestellt.

Die EIB stärkt ihre Kapazitäten zur Identifizierung strategischer Ziele und zur Unterstützung der Operationen



Die EIB, deren Tätigkeit sich an den Regeln des Marktes orientiert, deren Hauptaufgabe jedoch darin besteht, die politischen Ziele der Europäischen Union zu unterstützen, passt ihre operativen Strukturen regelmäßig an, um so ihre Prioritäten so effizient wie möglich umsetzen und ihre Tätigkeit auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten abstimmen zu können. In diesem Zusammenhang sind zwei Hauptabteilungen zur strategischen und operativen Unterstützung eingerichtet worden.

Der Festlegung einer Strategie im Dienste der Vorgaben, die der EIB von den verschiedenen Europäischen Räten und von ihrem Rat der Gouverneure gemacht worden sind, kommt bei den Bestrebungen der Bank, zur Umsetzung der politischen Ziele der Europäischen Union beizutragen und den wirtschaftlichen Erfordernissen in der EU und in ihren Partnerländern gerecht zu werden, eine Schlüssel-funktion zu. Diese Strategie ist Teil

des einen Zeitraum von mehreren Jahren abdeckenden Operativen Gesamtplans (OGP) der Bank und findet ihren Niederschlag in ihren Finanzierungen und in ihrer Mittelbeschaffung.

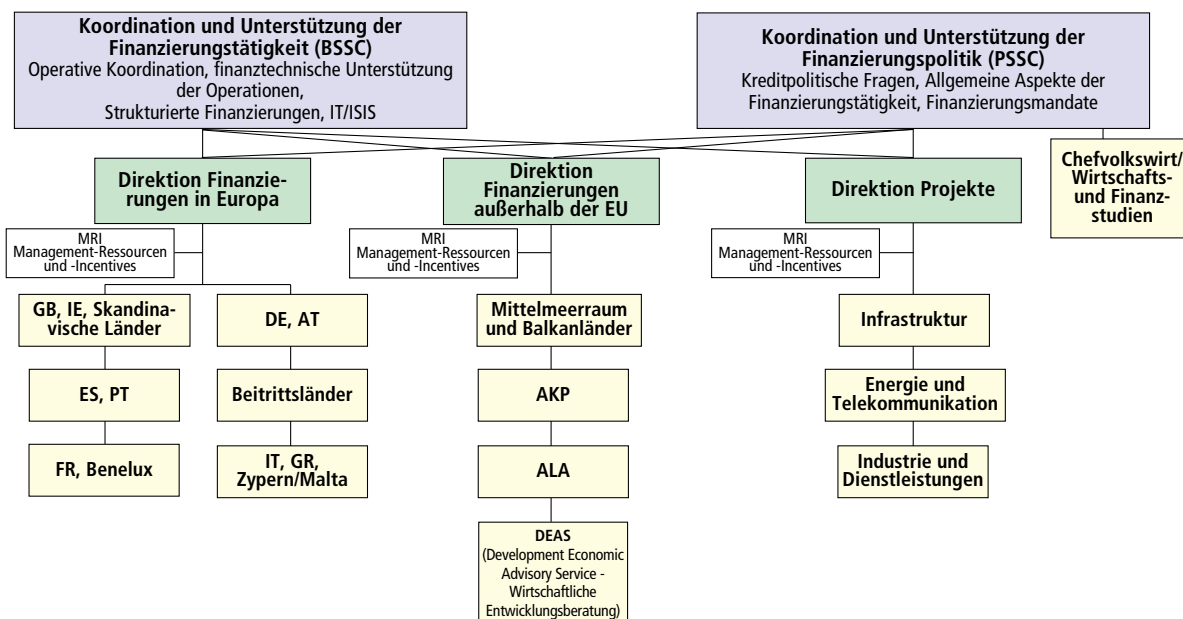
Um die Kapazität der Bank zu optimieren, ihre Aufgaben durch die immer zielgenauere Ausrichtung ihrer Finanzierungstätigkeit zu erfüllen, hat das Direktorium beschlossen, die Festlegung, Umset-

zung und Überwachung der Strategie der EIB zu stärken. Von entscheidender Bedeutung ist es hierbei, sowohl sicherzustellen, dass die Strategie fortlaufend und in Einklang mit der wachsenden Zahl der der Bank von der Europäischen Union übertragenen Aufgaben weiterentwickelt werden kann, als auch zu gewährleisten, dass die einzelnen Finanzierungen entsprechend den strategischen Zielen qualitativ hochwertig sind und zusätzlichen Nutzen bewirken.

Einrichtung zweier „Kompetenzzentren“

Es wurden zwei Kompetenzzentren zur strategischen und operativen Unterstützung geschaffen, die in der Direktion Projekte bzw. in der Generaldirektion Finanzierungen angesiedelt sind.

Das regelmäßig aktualisierte Organigramm der EIB ist unter www.eib.org abrufbar.





Michel DELEAU



Patrice GERAUD



Jos VAN KAAM



Terence BROWN



Jean-Louis BIANCARELLI

Dem **Policy Support and Service Centre** (PSSC - Koordination und Unterstützung der Finanzierungs-politik) gehören die Mitarbeiter der Bank an, die mit der Ausarbeitung der Finanzierungs-politik im Rahmen der Erstellung, der jährlichen Bewertung und der Überwachung des OGP betraut sind. Aus diesem Grund ist das PSSC maßgeblich für die Anpassung der Kreditpolitik und die Ausarbeitung neuer Mandate der EU (insbesondere für Operationen außerhalb der Europäischen Union) zuständig. Sein Aufgabenbereich umfasst auch die Beteiligung der Bank an den laufenden Arbeiten der anderen EU-Institutionen (vor allem des Rates, der Kommission und des Europäischen Parlaments), zu denen die EIB regelmäßige Kontakte unterhält. Dabei wird es vom Büro der Bank in Brüssel unterstützt, wo das PSSC mehrere ständige Mitarbeiter hat. Dem PSSC obliegt es auch sicherzustellen, dass die mitfinanzierten Projekte den strategischen Leitlinien der Bank entsprechen.

Die Einrichtung des PSSC und die mit der Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien entwickelten Synergien stärken die strategische und die Reflexionskapazität der Bank sowohl kurzfristig als auch auf lange Sicht erheblich. Das PSSC kann somit systematisch und in völliger Urteilsfreiheit zu den Mittelbeschaffungs- und Finanzierungsverfahren ebenso beitragen wie zur Erarbeitung der grundlegenden Kreditpolitik, die vom Verwaltungsrat der EIB auf Vorschlag des Direktoriums genehmigt wird.

Leiter der Hauptabteilung PSSC wird **Patrice GERAUD** sein, der bisher die Hauptabteilung Koordination und Kontrolle der Direktion Projekte geleitet hat. Die Hauptabteilung ist direkt dem Direktor mit Generalvollmacht der Direktion Projekte, **Michel DELEAU**, unterstellt, der davor in der Generaldirektion Finanzierungen als Direktor mit Generalvollmacht für Finanzierungen in Westeuropa zuständig war und die Nachfolge von Caroline REID angetreten hat, die vor kurzem in leitender Funktion zur Banca OPI in Italien wechselte. Der Direktion Projekte, in der rund 80 Volkswirte und Ingenieure tätig sind, obliegt es, Projekte unter volkswirtschaftlichen, technischen

und umweltrelevanten Gesichtspunkten in enger Zusammenarbeit mit den Teams aus den Finanzierungs-Direktionen zu analysieren.

Gleichzeitig hat das Direktorium beschlossen, in der Generaldirektion Finanzierungen ein **Business Support and Service Centre** (BSSC - Koordination und Unterstützung der Finanzierungstätigkeit) einzurichten. Das BSSC ist für alle zentralen Aufgaben zur operativen und EDV-Unterstützung der Darlehenstätigkeit, der Koordination und der Überwachung der Operationen sowie für die Verbindung mit den anderen Direktionen der Bank zuständig. Leiter der Hauptabteilung BSSC ist **Jos VAN KAAM**, der zuvor für die Koordination der Finanzierungen zuständig war. Das BSSC hat im Rahmen der Finanzierungstätigkeit der Bank eine zentrale Funktion, und zwar sowohl in als auch außerhalb der Union. Es ist direkt dem Direktor mit Generalvollmacht für Finanzierungen in Europa unterstellt.

Umstrukturierung der Generaldirektion Finanzierungen

Die Schaffung des BSSC erfolgt parallel zu einer stärkeren Integration der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer: Die mit der Finanzierungstätigkeit der Bank in diesen Ländern betrauten Hauptabteilungen wurden mit denen zusammengelegt, die für die Länder in der Europäischen Union zuständig sind, wodurch eine einzige Direktion „Finanzierungen in Europa“ entstanden ist. Geleitet wird sie von **Terence BROWN**, der zuvor Direktor mit Generalvollmacht für Finanzierungen in Mitteleuropa war.

Damit werden die vor etwas mehr als einem Jahr eingeleiteten Maßnahmen weiterentwickelt, mit deren Hilfe die Bank im Rahmen vereinheitlichter operativer Verfahren besser auf die Nachfrage ihrer Kunden in den Beitrittsländern nach Darlehensprodukten und finanzielle Prüfungskriterien, die eher denen in der Europäischen Union entsprechen, reagieren will. Darüber hinaus wird in der Direktion „Europa“ eine neugeschaffene Sektion mit der Koordinierung der

Finanzierungstätigkeit zugunsten von EU-Unternehmen betraut, die in Mittel- und Osteuropa Niederlassungen gründen. Dies verdeutlicht den aktiven Beitrag der EIB zur Förderung ausländischer Direktinvestitionen in diesen Beitrittsländern.

Die Finanzierungstätigkeit der EIB in Ländern, die Assoziierungs- oder Kooperations- und Entwicklungshilfebkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet haben, fällt im übrigen weiterhin in den Zuständigkeitsbereich der Direktion Finanzierungen außerhalb der EU unter der Leitung von Jean-Louis BIANCARELLI. Diese Direktion umfasst drei Hauptabteilungen, die für die Finanzierungstätigkeit der Bank im Mittelmeerraum und in den Balkanländern, in Asien und Lateinamerika sowie in den AKP-Staaten zuständig sind. Insbesondere diesem letzten Einschaltungsbereich dürfte in den Jahren 2002/2003, wenn das Abkommen von Cotonou in Kraft tritt, besondere Bedeutung zukommen. Im Rahmen dieses Abkommens wird der Bank nicht nur ein wichtiges Mandat zur Vergabe von Darlehen aus ihren eigenen Mitteln übertragen, sondern sie wird auch namens der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten die „Investitionsfazilität“, ein Schlüsselinstrument zur Entwicklung des privaten Sektors in diesen Ländern, verwalten.

Die Beschlüsse des Direktoriums betreffend die Neuausrichtung der Tätigkeit der Generaldirektion Finanzierungen und der Direktion Projekte haben schließlich auch geänderte administrative Rahmenbedingungen für die Hauptabteilung Information und Kommunikation und die Abteilung Dokumentation und Bibliothek zur Folge. Diese sind nun direkt dem Generalsekretär unterstellt. Die direkten Kontakte zwischen der Hauptabteilung Information und Kommunikation und dem Direktorium der Bank bleiben jedoch unverändert.

Henry Marty-Gauqué
Hauptabteilung Information und Kommunikation
003352-4379-3153
h.marty@eib.org

Ernennungen im Senior Management der EIB

Vor kurzem wurden vier Abteilungsleiterinnen in das Senior Management der Bank befördert:

Frau Marie-Odile KLEIBER wurde zur Beigeordneten Direktorin im Generalsekretariat ernannt, wo sie für das Informationsmanagement zuständig ist: Dokumentation, Bibliothek und Archive. Frau Kleiber, die eine Ausbildung als Dokumentarin besitzt und an der Universität Algier einen Abschluss in Human- und Wirtschaftswissenschaften erworben hat, kam 1979 zur EIB. Zuvor hatte sie in ihrem Fachgebiet in Algier gearbeitet, dann für die Vereinten Nationen in Togo und schließlich als für die Dokumentenrecherche zuständige Managerin bei der OREAM-Lorraine, einer dem französischen Ministerium für nationale und regionale Entwicklung unterstellten Einrichtung. Seit 1986 leitet sie die Abteilung Dokumentation und Bibliothek der EIB und hat diesen Bereich für die Bank in Einklang mit den technischen Veränderungen aufgebaut (Schaffung einer Bibliotheksdatenbank in den achtziger Jahren, Ausbau der elektronischen Informationsmöglichkeiten, Einführung des Intranets usw.). Frau Kleiber hat auch das Dokumentationssystem der Bank in das „Euro-lib“-Netz integriert, das die EU mit anderen europäischen Institutionen verbindet, und hat eine wichtige Rolle beim Aufbau des luxemburgischen Verbandes der Bibliothekare, Archivare und Dokumentare gespielt.



Marie-Odile
Kleiber

Frau Jacqueline NOEL wurde zur Beigeordneten Direktorin für Finanzierungen in Afrika in der Hauptabteilung für die Darlehensoperationen in den AKP-Ländern ernannt. Frau Noël, die an der Université Libre de Bruxelles in Wirtschaftswissenschaften promovierte und ein Stipendium vom Fonds National de la Recherche Scientifique erhielt, trat 1984 in die EIB ein. Zuvor war sie für die Weltbank tätig, wo sie zunächst das „Young Professional Program“ absolviert und zuletzt im Regionalbüro in Abidjan gearbeitet hatte. Als Abteilungsleiterin in der Hauptabteilung für die Finanzierungen in den AKP-Ländern war sie von 1985 an u.a. an Darlehensverhandlungen und Projektüberwachungen in zahlreichen afrikanischen Ländern beteiligt. In diesem Rahmen unterstützte sie Operationen mit dem privaten Sektor und die Finanzierung von Projekten mit einer regionalen Dimension.



Jacqueline Noël

Frau Evelyne POURTEAU wurde zur Beigeordneten Direktorin in der Hauptabteilung Allgemeine Angelegenheiten ernannt. Frau Pourteau, die an den Universitäten Paris I-Sorbonne und Columbia Law School (USA) Jura studierte, begann ihre berufliche Laufbahn in der Rechtsabteilung der SODECCO. Später wechselte sie zur Worms Group und danach zur Société Générale. 1983 kam sie zur Direktion für Rechtsfragen der EIB, wo sie u.a. an den Vorbereitungen für den EU-Beitritt Spaniens und Portugals sowie an der Formulierung von Finanzierungsverträgen für Frankreich, die Benelux-Staaten und die AKP-Länder beteiligt war. Von 1987 an war sie als Darlehensreferentin in der Hauptabteilung AKP-Länder tätig, wechselte 1991 zur Hauptabteilung Kreditrisiken und wurde 1996 zur Leiterin der Koordinationsabteilung in der Hauptabteilung Allgemeine Angelegenheiten ernannt. In dieser Position war sie vom 1. Januar 1999 an für den Übergang der EIB zum Euro zuständig.



Evelyne Pourteau

Frau Grammatiki PAPANPETROU-TSINGOU wurde zur Beigeordneten Direktorin in der Hauptabteilung für Finanzierungen in den Beitrittsländern ernannt. Frau Tsingou, die an den Universitäten von Thessaloniki und Bristol Bauingenieurwesen bzw. Volkswirtschaft studierte, kam 1986 zur EIB. Zuvor war sie im griechischen Ministerium für öffentliche Arbeiten und in der Ständigen Vertretung Griechenlands bei der Europäischen Union tätig. In der EIB arbeitete sie zunächst als Darlehensreferent für Südafrika und nahm anschließend für die Bank an den Verhandlungen über das Dritte Abkommen von Lome und über die Neue Mittelmeerpolitik teil. Von 1993 an war sie als Darlehensreferent für Finanzierungen in Mitteleuropa verantwortlich. 1996 wurde sie zur Leiterin der Abteilung für die Finanzierungen in Polen und den Baltischen Staaten ernannt. Frau Tsingou vertritt außerdem die EIB als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats der EBWE und ist für die Operationen der Bank in Russland im Rahmen des der EIB übertragenen neuen Mandats zuständig.



Grammatiki
Tsingou

Zukünftige Darlehenspolitik der EIB in den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas



Die Finanzierungstätigkeit der EIB dürfte in den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas in allen Sektoren, die für eine Förderung durch die EIB in Frage kommen, zunehmen. Die Darlehensvergabe dient speziell den Beitrittsvorbereitungen und bringt die Unterstützung der EU-Politiken durch die Bank sowie ihr Engagement für eine erfolgreiche Erweiterung zum Ausdruck.

Mit einem EU-Beitritt sind allerdings oft Einschränkungen der öffentlichen Investitionen verbunden, da die Kreditaufnahme oder Garantien von Seiten öffentlicher Stellen von der zunehmenden Haushaltsdisziplin be-

troffen sind und für die meisten vorrangigen Projekte Zuschüsse beantragt werden, bevor eine Darlehensaufnahme für sie in Erwägung gezogen wird.

Finanzierungsrahmen von 17,5 Mrd EUR

Für die Tätigkeit der Bank in den Beitrittsländern sind zwei verschiedene Finanzierungsmächtigungen durch den Rat der Gouverneure maßgeblich:

Die **Finanzierungsmandate**, mit denen die Bank entsprechenden Aufforderungen des Europäischen Rats gefolgt ist und mit denen spezielle Garantievereinbarungen im Rahmen des EU-Haushalts verbunden sind. Das erste Finanzierungsmandat wurde Ende 1989 beschlossen und betraf die Darlehensvergabe der EIB für Polen und Ungarn im Zeitraum 1990-1992, für die eine Obergrenze von 1 Mrd EUR galt. Für das laufende Mandat ist einer Obergrenze von 8,9 Mrd EUR festgelegt. Es wurde im März 2000 für den Zeitraum 2000-2006 erteilt, und die Mittel können für Projekte in den zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern sowie in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien und in der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien verwendet werden.

Die **Vor-Beitritts-Fazilität**, die von der Bank in eigener Initiative und auf eigenes Risiko eingerichtet wurde und für die keine EU-Garantie besteht. Die Vor-Beitritts-Fazilität der Bank wurde ursprünglich Anfang 1998 eingerichtet und betraf die zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer sowie Zypern. Sie war mit einem Betrag von 3,5 Mrd EUR für den Zeitraum 1998-2000 ausgestattet. Im Januar 2000 wurde sie für den Zeitraum von 2000 bis Mitte 2003 mit einem Richtbetrag von 8,5 Mrd EUR erneuert. Sie kann nicht nur zur Unterstützung der 10 mittel- und osteuropäischen Länder, die sich auf den Beitritt vorbereiten, sondern auch für geeignete Projekte in Zypern, Malta und der Türkei verwendet werden.

Es besteht ein hoher und dringender Finanzierungsbedarf für die Basisinfrastruktur in diesen Ländern. Es kann daher angenommen werden, dass der überwiegende Teil der EIB-Finanzierungen auch in den nächsten 3-4 Jahren Investitionen des öffentlichen Sektors betreffen wird (insbesondere in den Bereichen Umweltschutz, Wasser, Schienen- und Straßenverkehr, aber auch Gesundheitswesen und Bildung).

Die Finanzierung von Investitionen des privaten Sektors dürfte an Bedeutung gewinnen und neben der Darlehensvergabe an die Industrie auch Darlehen für die Bereiche Energie (Erzeugung/Verteilung), Telekommunikation und iZi umfassen.

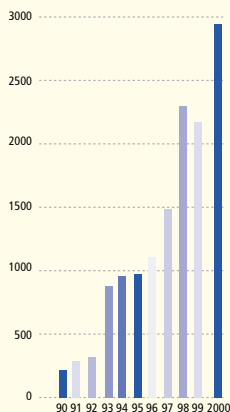
Die Rolle von Partnerbanken als zwischengeschaltete Institute für Globaldarlehen und bei der Kofinanzierung von Investitionen der Industrie und sonstiger privater Sektoren dürfte wichtiger werden. Mit Hilfe von Globaldarlehen werden auch in Zukunft EIB-Mittel für KMU und lokale Infrastrukturvorhaben bereitgestellt.

Die Bank ist sich der Bedeutung der Kommunen für die Verbesserung des Umweltschutzes und der Lebensqualität ihrer Bürger bewusst. Sie ist daher bereit, mit den staatlichen Stellen der betreffenden Länder über die Art und Weise zu diskutieren, wie diesen der Zugang zu den langfristigen Finanzierungsmitteln der Bank erleichtert werden kann, damit die EIB hier die gleiche Rolle wie bei der Finanzierung kommunaler Investitionen in den Mitgliedstaaten spielen kann.

Das Darlehensprodukt der Bank sollte in den Beitrittsländern weiterentwickelt werden, um den sich verändernden Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Die Mittelaufnahme in den Währungen der Beitrittsländer sollte weiter ausgebaut werden, damit die Bank Darlehen in diesen Währungen mit angemessenen Laufzeiten und Konditionen bereitstellen kann.

Im Zeitraum 1990-2000 unterzeichnete Darlehen (in Mio EUR)



In enger Zusammenarbeit

Die Bank arbeitet im Hinblick auf den Beitritt und darüber hinaus eng mit der Kommission zusammen. Zum Zeitpunkt des Beitritts der jeweiligen Länder wird die Bank die bei weitem wichtigste, wenn nicht sogar die einzige internationale Institution für

langfristige Finanzierungen sein, die in der Region tätig ist. Ihre Rolle wird wichtiger werden, zugleich aber auch schwieriger sein. Die Bank ist bereit, diese Herausforderung anzunehmen. Sie hat bereits ihre Direktion Finanzierungen umstrukturiert, um die vollständige Übertragung der derzeitigen Darlehenspolitik und Verfahren auf die Beitrittsländer zu ermöglichen.

Erleichterung der Erweiterung

Um die Heranführungspolitik der Gemeinschaft wirksam zu unterstützen und somit den Erweiterungsprozess zu erleichtern, ist das Förderkonzept der Bank für die Länder und Sektoren eng mit den politischen Prioritäten der EU und mit den Bedürfnissen der betreffenden Länder hinsichtlich der Übernahme des *acquis communautaire* (des gemeinschaftlichen Besitzstands) und der Verbindungen zur EU-Infrastruktur verknüpft. Voraussetzung ist die Qualität und Tragfähigkeit der von der Bank vorgeschlagenen Vorhaben, d.h. sie müssen den zuvor definierten wirtschaftlichen, technischen, finanziellen und ökologischen Kriterien genügen sowie die festgelegten Kreditanforderungen wie auch die Anforderungen hinsichtlich der Besicherung erfüllen.

Die Darlehensvergabe in den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas erfolgt in Einklang mit der üblichen Kreditrisikopolitik der Bank.

nen vorzunehmen.

Die EU misst dem Abwasser- und Abfallbereich eine besonders hohe Bedeutung bei. Zuschüsse, die im Rahmen des ISPA zur Verfügung gestellt wurden, haben eine Reihe von Investitionen ausgelöst und waren insofern maßgeblich für Fortschritte in diesem Sektor. Zuschüsse haben eine Katalysatorrolle, bestimmen jedoch auch das Investitionstempo, da die Projektträger Zuschüsse beantragen, bevor sie über den Zeitpunkt und Umfang ihrer Kreditaufnahme entscheiden.

Die Bank wird die in Frage kommenden Kofinanzierungsmöglichkeiten im Auge behalten, um tragfähige Projekte im Umweltschutzbereich zu fördern und ihre Durchführung zu beschleunigen. Sie wird sich aktiv bemühen, den Anteil ihrer Darlehen für Umweltvorhaben in der Region zu steigern und wird eng mit der Kommission zusammenarbeiten, um die vorhandenen Instrumente angemessen zu kombinieren oder um neue Initiativen auf regionaler oder nationaler Ebene anzuregen. Die städtische Umwelt wird auch durch eine geeignete Förderung anderer Formen kommunaler Investitionen

Tätigkeitsbereiche und Sonderinitiativen

Verkehr - Gleichgewicht zwischen Schiene und Straße

Wie in der Vergangenheit wird ein sehr großer Anteil der EIB-Mittel zur Deckung des anhaltend hohen Finanzierungsbedarfs des Verkehrssektors in allen Beitrittsländern bei-



tragen. Besondere Bedeutung wird einer ausgewogenen Aufteilung der Finanzmittel zwischen dem Schienen- und dem Straßenverkehrssektor in den Beitrittsländern beigemessen, und die transeuropäischen Netze (TEN) und das vorrangige TINA-Netz stehen im Vordergrund. Es sei darauf hingewiesen, dass die Bank bei fast allen wichtigen Eisenbahnprojekten in den Beitrittsländern einen bedeutenden Beitrag geleistet hat und dies auch weiterhin tun wird, womit sie der Bahn hilft, ihre Rolle im Verkehrssektor aufrechtzuerhalten.

In den kommenden Jahren wird die

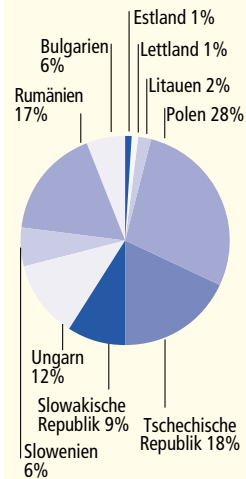
Modernisierung der wichtigsten Knotenflughäfen sowie einiger regionaler Flughäfen gefördert werden, um den Personen- und Frachtluftverkehr sowie die Sicherheit des Flugverkehrs in der gesamten Region zu verbessern. Zwar werden die zur Unterstützung des Verkehrssektors vergebenen Beträge absolut betrachtet umfangreich bleiben, jedoch könnte die relative Bedeutung des Sektors im Verhältnis zu Finanzierungen im Rahmen der anderen Initiativen, die vor bzw. nach dem Beitritt wichtiger werden, allmählich abnehmen.

Trotz des hohen Bedarfs können Budgetrestriktionen dazu führen, dass sich die Investitionen in diesem Sektor nur in dem Tempo entwickeln, wie es die Verfügbarkeit von EU-Zuschüssen für Kofinanzierungen erlaubt. Projekte werden daher in enger Abstimmung mit dem ISPA ausgewählt werden. Gleichzeitig werden in den am weitesten fortgeschrittenen Ländern die Bemühungen weitergehen, tragfähige privat unterstützte öffentliche Infrastrukturvorhaben im Rahmen verschiedener öffentlich-privater Partnerschaftsprogramme zu realisieren.

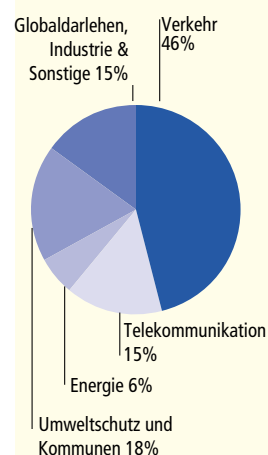
Höhere Investitionen in den Umweltschutz

In diesem Bereich werden weiterhin zunehmende Investitionen erforderlich sein, da sich die Länder an die in den Umweltrichtlinien der EU vorgeschriebenen Standards anpassen. Trotz der mit der Aussicht auf den Beitritt verbundenen Anreize ist jedoch wegen der beschränkten Haushaltsmittel und der durch die verfügbaren Einkommen auferlegten Grenzen die notwendige „Übernahme des *acquis*“ allein möglicherweise kein ausreichender Grund für die Projektträger, solche Investitio-

Geographische Aufgliederung der im Zeitraum 1990 - 2000 unterzeichneten Darlehen



Sektorale Aufgliederung der im Zeitraum 1990 - 2000 unterzeichneten Darlehen



(z.B. im städtischen Nahverkehr und in der Stadterneuerung) unterstützt werden, die zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen. Außerdem würde auch eine von der Bank geförderte Modernisierung oder Substitution bestehender Anlagen im Industrie- bzw. im Energiesektor zu einer Verbesserung der Umweltsituation beitragen.



Wie bei den Investitionen im Verkehrssektor dürften wirtschaftlicher Fortschritt und ein verbesserter Regulierungsrahmen die Möglichkeiten einer privaten Beteiligung an der Finanzierung von Investitionen in diesem Bereich erweitern. Die Bank wird sich an derartigen Vorhaben beteiligen, sobald verbesserte Bedingungen eine solche Entwicklung erlauben. Es wäre angemessen, wenn Mittel aus dem EU-Haushalt von der Bank zur Erleichterung und Beschleunigung von Operationen in diesem Bereich verwendet würden.

Die Rolle der Kommunen

Bei vielen der für eine Finanzierung durch die EIB in Frage kommenden

Vorhaben des öffentlichen Sektors sind die Projektträger Kommunen. Typische Beispiele für kommunale Vorhaben sind Umweltprojekte in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, öffentlicher Nahverkehr und sonstige kommunale Investitionen, die auf die Verbesserung der Lebensqualität abzielen. Aus verschiedenen Gründen, zu denen u.a. Haushaltsdisziplin gehört, sind die zentralen staatlichen Stellen oft nicht bereit, Garantien für kommunale Mittelaufnahmen zu leisten.

Insofern muss die Tätigkeit der Bank in der Region dazu beitragen, dass sich die Kreditfähigkeit der Kommunen an diejenige der Kommunen innerhalb der Union angleicht. Dies ist nur zu erreichen und zu rechtfertigen, wenn unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen den künftigen Kreditgebern der Kommunen in jedem der betreffenden Länder genügend Sicherheit bieten. Die Bank setzt sich dafür ein, die Verbesserung der Kreditfähigkeit der Kommunen in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern zu fördern, und hat bereits verschiedene Initiativen in den Beitrittsländern ergriffen.

Unterstützung von KMU

Eine verstärkte Kreditvergabe an KMU mittels Globaldarlehen wird das Unternehmertum fördern und das wichtige Segment der Kleinunternehmen stützen. In diesem Kontext wird die bereits gut funktionierende Zusammenarbeit mit dem

Bankensektor in den MOEL weiter an Bedeutung gewinnen. Mit Hilfe von Globaldarlehen kann die Bank auch Mittel für die Unterstützung lokaler Infrastrukturmaßnahmen oder anderer spezifischer politischer Ziele (z.B. Regionalentwicklung) bereitstellen, und mit der weiteren Entwicklung des Marktes wird der Schwerpunkt zunehmend auf Globaldarlehen für spezifische politische Ziele liegen. Weiterhin kann die Größe eines einzelnen Vorhabens häufig eine direkte Darlehensvergabe ausschließen, so dass eine Vielzahl ansonsten förderfähiger Projekte im Rahmen von Globaldarlehen finanziert werden muss. Die EIB arbeitet zurzeit bei Globaldarlehen mit mehr als 30 Partnerbanken in der Region zusammen, von denen die meisten Tochtergesellschaften von Finanzinstituten mit Sitz in der EU sind.

Die Kooperation mit dem Europäischen Investitionsfonds in den Bereichen Private Equity und Risikokapitalfinanzierungen durch ein „Cross-selling“ von Produkten aus der gesamten Palette der EIB-Gruppe wird ein zunehmend wichtiger Beweis für die Fähigkeit sein, Operationen zu fördern, die für die Volkswirtschaften der Beitrittsländer den höchsten Zusatznutzen erbringen.

Verstärkte Darlehensvergabe zugunsten der Industrie

Mit dem Näherrücken des Beitritts und analog zur Entwicklung der Darlehensoperationen in der Union kann man davon ausgehen, dass auf

Auch in den kommenden 3-4 Jahren wird der größte Teil der Finanzierungen der EIB für Investitionen des öffentlichen Sektors bereitgestellt werden.

Verstärkung der Synergieeffekte zwischen EU-Instrumenten

Die Unterstützung der EU-Politiken steht für die Bank im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit in der Region; sie kommt in einer vielfältigen allgemeinen und projektbezogenen Zusammenarbeit mit der Kommission zum Ausdruck.

Die Zusammenarbeit mit dem PHARE-Programm begann bereits vor etwa 10 Jahren, und obwohl die Bank nie systematisch und in großem Umfang Zuschüsse aus dem technischen Unterstützungsprogramm von PHARE in Anspruch genommen hat, konnte sie eine erhebliche Anzahl von Projekten, die für Europa von hohem Interesse waren, mitfinanzieren, und zwar vor allem Projekte im Verkehrsbereich. Die Neuorientierung von PHARE nach der Einführung des ISPA dürfte zusätzliche Möglichkeiten für eine Kooperation eröffnen, insbesondere bei der Finanzierung von KMU und Regionalentwicklungs-

programmen, und den Weg für eine noch weiter gehende Zusammenarbeit nach dem Beitritt und der Verfügbarkeit von Strukturfondsmitteln der EU bereiten.

Das ISPA hat sich rasch zu einem wichtigen Gebiet der Kooperation zwischen der EIB und der Kommission entwickelt. Der Vorrang, der den Bereichen Verkehr und Umweltschutz eingeräumt wird, entspricht den Schwerpunkten der Bank und ihren traditionellen Tätigkeitsfeldern. Die diesbezügliche Zusammenarbeit entwickelt sich rasch, und es laufen Vorbereitungen für einen gemeinsamen Ansatz für die Zeit nach dem Beitritt, wenn Kohäsionsmittel verfügbar sein werden.

Die EIB arbeitet nicht nur mit der Europäischen Kommission, sondern auch mit anderen multilateralen Finanzierungsinstitutionen sowie mit in Mittel- und Osteuropa tätigen Banken eng zusammen.



mittlere Sicht die Darlehen für Industrieunternehmen einen wachsenden Anteil der Darlehensvergabe der Bank in der Region ausmachen werden.

Die beschleunigte Umstrukturierung der Unternehmen und das kräftige Wirtschaftswachstum in praktisch allen Teilen der Region haben zu einem anhaltenden Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen in die meisten Beitrittsländer geführt, und zwar insbesondere in diejenigen, in denen die Reformen am weitesten fortgeschritten sind. Es ist zu erwarten, dass mit der Liberalisierung der Märkte und der Verbesserung des rechtlichen bzw. regulatorischen Rahmens die Investitionsmöglichkeiten in der Region zunehmen und von interessierten Investoren aufmerksam verfolgt werden.

Aufgrund ihrer Erfahrung mit der Finanzierung der europäischen Industrie und von Unternehmen in der EU hat die EIB eine gute Ausgangsposition, um solche Investoren bei der Ausdehnung ihrer Aktivitäten nach Osteuropa angemessen zu begleiten. Diese Aktivitäten dürften ein breites Spektrum industrieller Aktivitäten betreffen, da die steigende inländische Nachfrage nach neuen oder qualitativ besseren Produkten und neue Exportmärkte weiterhin ein großes Potenzial für Investitionen in vielen Sektoren, einschließlich Handel und Dienstleistungen, bergen. Unternehmen, die inländische Ressourcen (einschließlich qualifizierter inländischer Arbeitskräfte) nutzen, könnten nach-

haltige Wettbewerbsvorteile erzielen.

Darüber hinaus kann die Bank - wie früher in ähnlichen Fällen in den Mitgliedstaaten - auch produktive Investitionen in umstrukturierten Branchen der Schwerindustrie im Rahmen weiter gefasster EU-Programme unterstützen sowie spezielle Strukturen fördern, die bei der Umwandlung eines unrentablen Industriebetriebs in eine modernisierte und effiziente Firma, die in einer Marktwirtschaft lebensfähig ist, hilfreich sind.

Die Entwicklung einer leistungsfähigen Industrie in der Region dürfte auch zu erhöhter Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie beitragen und zudem, wie im Falle der KMU, neue Arbeitsplätze in der Region schaffen und bestehende sichern. Dies wiederum würde den Auswanderungsdruck sowie die Gefahr zunehmender regionaler Ungleichgewichte verringern. Um diese Entwicklung zu unterstützen, wird die Bank die Zusammenarbeit mit Firmenkunden ausbauen und diesen langfristige Finanzierungen anbieten.

Ausweitung der Finanzierungstätigkeit im Energiesektor

Finanzierungen der EIB in diesem Sektor sind im Vergleich zu denjenigen in der Union eher begrenzt. Dies könnte angesichts des dringenden Bedarfs an einer effizienten Energienutzung und an Rationalisierungsmaßnahmen sowie der erforderlichen Verbesserung des Umweltschutzes in der Industrie überraschen, ist aber möglicherweise mit der Verzögerung der Reformen und der fortbestehenden Dominanz von Monopolen zu erklären.

Die Bemühungen der Bank werden sich auf die Energieverteilungsnetze richten, bei denen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Sektors und im Zuge der Ersetzung zunehmend veralteter Einrichtungen aus der Zeit vor der Transformation der Volkswirtschaften Investitionsprogramme zwingend erforderlich werden. Umfangreiche Investitionen sind notwendig, um die Energieeffizienz zu verbessern und die Umweltstandards der Union umzusetzen. Die Rationalisierung der Energienutzung und die Sicherung der Versorgung dürften die beiden Schwerpunkte für

die Tätigkeit der Bank in der Region bleiben. Auch ein wachsender grenzüberschreitender Handel infolge der Liberalisierung der europäischen Energiemärkte kann Nachfrage nach EIB-Finanzierungen für Investitionen in der Region durch EU-Energieunternehmen, die ihre Tätigkeit nach Osten ausdehnen, entstehen lassen.

Die Auswirkungen von Verbesserungen im Energiesektor auf die Wirtschaft der Beitrittsländer würden vermutlich rechtfertigen, dass die EIB verstärkt technische und wirtschaftliche Ressourcen bereitstellt, die ihr eine Ausweitung ihrer Tätigkeit in diesem Sektor erlauben würden.

Zunehmende Bedeutung des Bildungs- und des Gesundheitsbereichs

Die Bereiche Bildung und Gesundheit werden auch in den Beitrittsländern wie schon innerhalb der Union eine zunehmende Bedeutung für die Bank erlangen.

Im Bildungsbereich kann ebenfalls mit einem zunehmenden Finanzierungsbedarf gerechnet werden, der sich ähnlich wie in der Union entwickeln dürfte. Obwohl der erreichte Bildungsstand in den Beitrittsländern in einigen Aspekten als gut erscheint, ist die Übereinstimmung der Qualifikationen mit den Anforderungen einer modernen Wirtschaft ungenügend. Außerdem sind die Bildungseinrichtungen aufgrund der chronisch unzureichenden Investitionen in diesem Sektor häufig veraltet. Es besteht eindeutig die Notwendigkeit einer Umstrukturierung des Bildungssektors, damit die in der Industrie und im Dienstleistungssektor benötigten Qualifikationen vermittelt werden können. Diese neuen Herausforderungen werden zuallererst die berufsorientierte obere Sekundarausbildung und die Hochschulausbildung betreffen, jedoch sollten auch die Bemühungen zur Verbesserung des Primarschulwesens nicht vernachlässigt werden.

In den mittel- und osteuropäischen Ländern besteht ein größerer Bedarf im Gesundheitswesen als in der EU insgesamt. In allen Ländern sind Reformen notwendig, und im Zuge der Konzentration der medi-

EIB finanziert Wasser- und Abwasservorhaben in Polen

Die Europäische Investitionsbank gewährt der Stadt Lodz (Mittelpolen) ein Darlehen von 31 Millionen EUR für die Modernisierung der Trinkwasser- und der Abwassernetze.

Das EIB-Darlehen mit einer Laufzeit von 20 Jahren wird die Stadt Lodz bei der Umsetzung ihres auf fünf Jahre angelegten Investitionsprogramms zur Entwicklung der Infrastruktur unterstützen. Neben der Sanierung der Netze werden mit dem EIB-Darlehen der Ausbau einer Kläranlage und mehrerer Abwassersammler sowie verschiedene Straßenbauarbeiten finanziert werden.



Die Europäische Kommission beteiligt sich im Rahmen des speziell für Umweltschutz- und Verkehrsvorhaben in den Beitrittsländern bestimmten ISPA-Programms mit Zuschüssen ebenfalls an der Finanzierung der Vorhaben.

Mit etwa 810 000 Einwohnern ist Lodz die zweitgrößte Stadt in Polen. Sie liegt am Fluss Ner, einem Nebenfluss der Oder, die in die Ostsee mündet. Die Kommunalbehörden haben erkannt, dass Investitionen in die Wasser- und Abwassersysteme dringend erforderlich sind, um nationale und EU-Umweltstandards zu erfüllen, die Ansiedlung neuer Industriebetriebe zu fördern und die Lebensqualität der Bewohner zu erhöhen.

Über einen Zeitraum von etwa einem Jahr hinweg hat die EIB eine wichtige Rolle als Geldgeber für Wasser- und Abwasservorhaben in den Beitrittsländern und insbesondere in Polen gespielt, wo sie außer in Lodz auch in Zywiec, Thorn (Toruń), Bielsko-Biala und Stettin (Szczecin) an der Finanzierung von Vorhaben zur Modernisierung der Wasserwirtschaft beteiligt war. Im vergangenen Jahr wurden in den Beitrittsländern nahezu 3 Mrd EUR bereitgestellt. Hier von entfielen 745 Millionen (26%) auf Umweltschutzprojekte, darunter zahlreiche Vorhaben im Bereich Wasserwirtschaft.

EIB-Darlehen über 190 Mio EUR für die Modernisierung des ungarischen Eisenbahnnetzes

Die EIB gewährt Darlehen in Höhe von 190 Mio EUR für die Modernisierung des Eisenbahnnetzes in Ungarn. Die Mittel sollen in erster Linie zur Modernisierung von drei von Budapest ausgehenden Eisenbahnlinien beitragen. Es handelt sich dabei um die Strecken, die Ungarn mit Österreich bzw. Rumänien (gesamteuropäischer Eisenbahnkorridor IV) und mit Slowenien (Korridor V) verbinden, sowie um die Strecke Budapest - Lemberg (Ukraine).

Von dem Gesamtbetrag gehen 60 Mio EUR direkt an die MAV, den Betreiber des ungarischen Eisenbahnnetzes, während 130 Mio EUR über den ungarischen Staat, der Eigentümer der Eisenbahninfrastruktur ist, an die MAV weitergeleitet werden.



Die Arbeiten umfassen hauptsächlich die Instandsetzung der Gleise, die Verbesserung der Stromversorgungs- und der Signalsysteme sowie die Neugestaltung und Modernisierung von Bahnhöfen.

Durch die Investitionen werden im Einklang mit den Zielen der Beitrittspartnerschaft der EU mit Ungarn höhere Fahrgeschwindigkeiten für den inter-

nationalen und nationalen Güter- und Personenverkehr ermöglicht.

Die EIB kofinanziert die Investitionen mit dem ISPA, dem speziellen Zuschussprogramm der EU zur Unterstützung von Verkehrs- und Umweltvorhaben in den Beitrittsländern.

Die Darlehensverträge wurden im September anlässlich eines Besuchs von Terence Brown, Direktor mit Generalvollmacht der EIB, in Budapest unterzeichnet, der zur Tätigkeit der Bank in Ungarn Folgendes anmerkte:

„Seit die EIB 1990 begann, Darlehen für Projekte in Ungarn bereitzustellen, bemüht sie sich um die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Integration des Landes in die EU. Dabei konzentrierte sie sich zunächst auf öffentliche Infrastruktureinrichtungen: Straßen, Eisenbahnen, Luftverkehr und das Telekommunikationsnetz.“

„Ein gut ausgebautes, dem EU-Standard entsprechendes Telekommunikations- und Verkehrsnetz ist die Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und die Integration in die EU. Insbesondere trägt ein effizientes Eisenbahnnetz dazu bei, ein gesundes Gleichgewicht zwischen öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln zu wahren und Umweltbeeinträchtigungen zu begrenzen.“

Max Messner
Hauptabteilung Information und Kommunikation
Tel.: 00352 4379-3150 - m.messner@eib.org

zinischen Versorgung auf weniger und effizientere Krankenhäuser sind Investitionsprogramme für technische Ausrüstungen dringend erforderlich. Die zur Deckung dieses Bedarfs bereitgestellten Ressourcen sind jedoch weiterhin gering.

Telekommunikation und Informationsgesellschaft

Der Telekommunikationssektor gehört auch in den Beitrittsländern zu den am schnellsten wachsenden Bereichen. Umfangreiche Investitionen, die von der Bank unterstützt wurden, haben bereits zur Verbesserung der Festnetze beigetragen und geholfen, die Schaffung der Informationsgesellschaft durch die Entwicklung des Mobilfunks zu beschleunigen. Weitere Unterstützung wird jedoch auch in Zukunft wichtig sein, insbesondere wenn die Bank dazu beitragen will, dass regionale Ungleichgewichte verringert werden und die Informations- und Kommunikationsnetze in der Union wie auch in ihren künftigen Mitgliedsländern zur Förderung einer wissensbasierten Volkswirtschaft eingesetzt werden.

Risikokapitalfinanzierungen über den EIF

(vgl. Seite 18)

Die vor kurzem durchgeführte Reform des zur EIB-Gruppe gehörenden Europäischen Investitionsfonds (EIF) und die Verpflichtung, an der Schaffung eines wissens- und innovationsbasierten Europas mitzuwirken, eröffnen die Möglichkeit, Risikokapitaloperationen auf die Beitrittsländer auszudehnen. Die ersten Operationen für Beitrittsländer sind vom Fonds bereits genehmigt worden, und auch wenn die Expansion nur schrittweise erfolgen wird, dürfte die Erweiterung des Instrumentariums der Gruppe auch den Kreis der Partner und Kunden der Bank vergrößern und die Tätigkeit der Bank qualitativ weiter verbessern.

Innovation-2000-Initiative (i2i)

Aktivitäten in den obengenannten Bereichen werden zusätzlich im Rahmen der Innovation-2000-Initiative (i2i) der Bank unterstützt

werden, die nach Aufforderung durch den Europäischen Rat Stockholm nunmehr auch auf die Beitrittsländer ausgedehnt wird. Erst nach und nach und in einem von Gebiet zu Gebiet unterschiedlichen Tempo wird die Bank Investitionen in den Bereichen Humankapital, Informations- und Kommunikationsnetze sowie Verbreitung von Innovationen im Rahmen der i2i identifizieren und zur Genehmigung vorlegen. In

den anderen i2i-Bereichen (KMU und Unternehmertum sowie Forschung und Entwicklung) dürften die Fortschritte langsamer sein und auch von dem Tempo, mit dem sich die Tätigkeit des EIF in den Beitrittsländern entwickelt, abhängen. ■

Detaillierte Informationen stehen auf der Website der Bank (www.eib.org/keyissues/Accessionstrategy) zur Verfügung.

EIB richtet Public-Debt-Issuance-Programm im Umfang von 3 Mrd PLN ein

Die EIB richtet ein für die Öffentlichkeit bestimmtes Emissions-Rahmenprogramm für polnische Zloty ein. Das Programm hat zunächst einen Umfang von 3 Mrd PLN (etwa 800 Mio EUR). Im Laufe der Zeit wird die EIB Anleihen mit verschiedenen Laufzeiten und Strukturen auf dem polnischen Kapitalmarkt begeben.

Die Programmplanungsdokumente wurden Ende Oktober von der EIB, der Bank Handlowy w Warszawie, Warschau (als Arrangeur und Händler), sowie von zehn polnischen und internationalen Banken, die im Rahmen des Programms als Händler tätig sein werden, unterzeichnet. Dieses Programm bietet der EIB die Möglichkeit, auf dem polnischen Inlandskapitalmarkt tätig zu werden, um Projekte in Polen mit auf Zloty lautenden Darlehen finanzieren zu können.

EIB-Vizepräsident Wolfgang Roth erklärte hierzu: „Wir haben diese Initiative ergriffen, um der Bank Zugang zu den Anlegern in Polen zu verschaffen, so dass sie verstärkt langfristige Finanzierungsmittel für Projekte in Polen bereitstellen kann. Gleichzeitig dürfte die Präsenz eines soliden Marktteilnehmers wie der über ein „AAA“-Rating verfügenden EIB auf dem polnischen Kapitalmarkt dazu beitragen, dass dieser Markt breiter wird. Wir hoffen auch, dass dieses Programm für andere Emittenten einen Anreiz bietet, uns zu folgen. Die sich daraus ergebende Diversifizierung des Marktes wäre für alle Marktteilnehmer von Vorteil.“

Für das Programm gilt polnisches Recht. Die EIB kann damit polnische Zloty in verschiedenen Marktsegmenten (feste bzw. variable Verzinsung/Nullkupon- bzw. indexgebundene Anleihen) aufnehmen, indem sie verschiedene Strukturen und Laufzeiten (von einem bis zu 30 Jahren) anwendet. Die Anleihen werden zur öffentlichen Zeichnung angeboten und an der Warschauer Börse notiert. Durch das Programm kann die EIB flexibel und kostengünstig Zloty beschaffen und damit Investitionen in der Republik Polen fördern.

David O. Clark
Hauptabteilung Kapitalmärkte
+352 4379 4264 d.clark@eib.org

(1) 1 EUR = ca. 3,85980 PLN



EIB wird zur Finanzierung eines Abwasserprojekts in Sankt Petersburg beitragen

Der Verwaltungsrat der EIB hat einen Vorschlag an den Rat der Gouverneure der Bank zur Gewährung eines Darlehens von 15 Mio EUR zur Finanzierung des Baus einer Kläranlage für den südwestlichen Teil der russischen Stadt St. Petersburg genehmigt.

Es handelt sich hierbei um das erste EIB-Darlehen zur Finanzierung eines Investitionsvorhabens in Russland. Die Grundlage bildet eine auf der Tagung des Europäischen Rates in Stockholm getroffene Vereinbarung.

St. Petersburg ist heute mit rund fünf Millionen Einwohnern der größte Einzelverschmutzer der Ostsee. Es gibt jedoch in dieser Region noch weitere Problemfälle - überwiegend eine Hinterlassenschaft der früheren Planwirtschaft - mit grenzüberschreitenden Auswirkungen.

Um zur Lösung dieses Problems beizutragen, haben die Staats- und Regierungschefs der EU auf ihrem Gipfeltreffen in Stockholm im März 2001 beschlossen, die EIB aufzufordern, sich an der Finanzierung von Umweltinvestitionen in Nordwestrussland, die von erheblichem Interesse für die EU sind, zu beteiligen. Für den Beitrag der EIB zur EU-Initiative Nördliche Dimension wurde ein

Darlehensgesamtvolumen von höchstens 100 Mio EUR festgesetzt.

Auf der Grundlage dieser Darlehenssonderaktion im russischen Teil der Ostsee können Projekte finanziert werden, die einem vordringlich umweltpolitischen Ziel dienen und von erheblichem Interesse für die Europäische Union sind. Ihre Entwicklung soll in enger Zusammenarbeit und im Rahmen von Kofinanzierungen mit anderen internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) sowie nach Möglichkeit der Europäischen Kommission und der internationalen Gebergemeinschaft erfolgen.

Neben diesem Projekt bereitet die EIB weitere Umweltvorhaben in St. Petersburg und in Kaliningrad (Königsberg) vor.

Darüber hinaus beteiligt sich die EIB zusammen mit anderen IFI an der sogenannten „Umweltpartnerschaft für die Nördliche Dimension“ (Northern Dimension Environmental Partnership - NDEP). Ziel ist der Ausbau von Kooperation und Kooperation zwischen den IFI und der EU-Kommission sowie den Geber- und den Empfängerländern, um sich den Herausforderungen in den Bereichen Umwelt und Energie im Gebiet der Nördlichen Dimension zu stellen.

Wagniskapitalfinanzierungen des EIF in den Beitrittsländern



Im Oktober 2000 begann der EIF im Anschluss an die Reform seiner Satzung, die ihm eine Ausweitung seiner Tätigkeit auf die Beitrittsländer ermöglichte, mit der Ermittlung von Investitionsmöglichkeiten in Mittel- und Osteuropa (MOE).

Die vom Europäischen Investitionsfonds (EIF) in Mittel- und Osteuropa gemachten Erfahrungen zeigen, dass es in diesen Ländern sowohl die etablierten Unternehmen als auch Start-up- und in der Anfangsphase befind-

liche Unternehmen sind, die einen Mangel an Finanzierungsquellen verzeichnen.

Von diesem Mangel an Finanzierungsmitteln besonders betroffen

sind Unternehmen in einer frühen Entwicklungsphase. Er resultiert aus dem höheren Risiko aufgrund einer noch nicht vorliegenden Erfolgsbilanz, einer unvollständigen Marktpräsenz und einer geringen Selbstfinanzierungskapazität. Generell scheinen Finanzierungsmittel für Unternehmen in der Seed- oder in der Anfangsphase nur in sehr geringem Maße vorhanden zu sein, da sich die meisten Wagniskapitalfirmen nur an Unternehmen beteiligen, die eine mehrjährige Erfolgsbilanz aufzuweisen haben.

Aus diesem Grund ist Wagniskapital (Venture Capital) in dieser Region nach wie vor nur in begrenztem Umfang verfügbar. Gemäß den Statistiken der EVCA (European Venture Capital Association) entsprach das diesbezügliche Mittelaufkommen im Jahr 2000 in den weiter entwickelten Volkswirtschaften der Beitrittsländer lediglich 1,6% (780 Mio EUR) des Aufkommens in den EU-Mitgliedstaaten. Im Jahr 2000 sind in diesen Ländern weniger als 400 Mio EUR investiert worden, verglichen mit 35 Mrd EUR in den EU-Mitgliedstaaten.

Die Verteilung auf die Finanzierungsphasen zeigt, dass nahezu kein Kapital in Unternehmensgründungen (Seed-Phase) geflossen ist, während 15% auf Unternehmen in der Start-up-Phase, 75% auf Unternehmen in der Expansionsphase und jeweils 5% auf Ersatzinvestitionen und auf Buy-Outs entfielen.

Auch gemessen an den Wagniskapital-Teams ist der Markt sehr eng. Die Aussichten, qualifizierte und erfahrene Teams mit der richtigen Mischung aus Kenntnis der jeweiligen Inlandsmärkte und internationaler Erfahrung zu finden, sind nach wie vor gering.

Auf dem Markt scheinen nicht spezialisierte Fonds zu dominieren, die in erster Linie auf Unternehmen ausgerichtet sind, die:

- in traditionellen Wirtschaftszweigen tätig sind;
- sich in der Entwicklungsphase befinden;
- mittelgroß sind und bereits einen Erfolgswachweis erbringen können.

Auf der Basis der obigen Argumentation bieten diese Engagements derzeit ein akzeptables Risiko-/Ertragsprofil für internationale Investoren, die nach wie vor die Hauptfinanzierungsquelle für Wagniskapitalfirmen in den MOEL darstellen. Bei den von den dortigen Venture-Capital-Gesellschaften verfolgten Veräußerungsstrategien handelt es sich hauptsächlich um die Abgabe der Beteiligungen an in der EU ansässige Investoren, die sich auf den Märkten in Mittel- und Osteuropa mittels solcher Übernahmen engagieren möchten, sobald dort hinreichend solide Firmen vorhanden sind.

Bereits fünf Beteiligungen des EIF

Bisher hat sich der EIF mit 65 Mio EUR an fünf nicht auf ein einziges Land beschränkten Wagniskapitalfonds beteiligt, die sämtliche EU-Beitrittsländer, auf die sich das Finanzierungsmandat des EIF erstreckt (mit Ausnahme Zyperns und Maltas), abdecken.

Es sind Beteiligungen an folgenden Fonds eingegangen worden:

Der **Baring Central European Fund**, an dem sich der EIF mit 20 Mio EUR beteiligt hat, investiert schwerpunktmäßig in Polen und in Ungarn. Er verfolgt eine „Buy-and-Build“-Strategie, die gut zum Entwicklungsstand der Wagniskapitalmärkte in diesen Regionen passt. Der Fonds wird von der ING Baring-Gruppe unterstützt, mit der der

EIF bereits bei anderen Risikokapitalfinanzierungen in der EU zusammengearbeitet hat.

Der **Raiffeisen Central European Private Equity Fund**, dem der EIF im Juli im Rahmen eines Closing 15 Mio EUR zur Verfügung gestellt hat, verfolgt eine „Buy-and-Build“-Strategie mit Schwerpunkt auf der Konsumgüterindustrie und dem Dienstleistungssektor. Er wird derzeit von drei Büros in Wien, Budapest und Warschau verwaltet und wird in Kürze durch eine neue Repräsentanz in Prag auch auf dem tschechischen Markt vertreten sein. Der Fonds wird von der Raiffeisen-Gruppe - einem der erfahrensten Akteure des Finanzsektors in Mittel- und Osteuropa - unterstützt.

In den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen hat der EIF über die kombinierten **Baltic SME Fund** und den **Baltic Investment Fund III** zusammen insgesamt 10 Mio EUR investiert. Der auf KMU spezialisierte SME Fund stellt gleichzeitig die erste Investition dar, die der EIF in Zusammenarbeit mit dem im Rahmen des PHARE-Programms der EU errichteten Spezialfonds zur Finanzierung von KMU tätigt.

Der **Innova/3 L.P. Fund** ist ein Regionalfonds mit Investitionsschwerpunkt MOEL. Er wird von Warschau aus verwaltet und wird in Kürze auch in Budapest vertreten sein. Der EIF hat sich mit einem Betrag von 20 Mio EUR an ihm beteiligt. Es handelt sich dabei um das erste Engagement des EIF im Bereich der Frühphasenfinanzierung von KMU, für die die Innova einen Teil ihrer Mittel verwendet.

Darüber hinaus hat der EIF kürzlich Anteile des griechischen **NBG Technology Fund** erworben, zu dessen Sponsoren die National Bank of Greece gehört. Dieser Fonds wird ebenfalls - wenn sich entsprechende Möglichkeiten bieten - seine Aktivitäten auf die Region Mittel- und Osteuropa - insbesondere auf Bulgarien und Rumänien - ausweiten.

Kurzfristig verfolgt der EIF mit seinen Wagniskapitaloperationen in Mittel- und Osteuropa in erster Linie das Ziel, eine dauerhafte Präsenz in dieser Region aufrechtzuerhalten, indem er in Zusammenarbeit mit erfahrenen Teams, die gute Ergebnisse nachweisen und in den MOEL auf ein ausgedehntes Netz zurückgreifen können, Beteiligungsmöglichkeiten ermittelt. Deshalb werden sich die Risikokapitalfinanzierungen des EIF vorerst weiterhin auf eher traditionelle, in einer relativ späten Entwicklungsphase befindliche Unternehmen konzentrieren.

Der EIF rechnet jedoch mit einer zunehmenden Verlagerung seiner Aktivitäten auf Beteiligungen an Unternehmen in einer früheren Entwicklungsphase und eine stärkere Ausrichtung auf Technologieunternehmen. Dies wird es ihm ermöglichen, seine Rolle als Bindeglied zwischen in der EU ansässigen Technologiefonds und in Mittel- und Osteuropa tätigen Management-Teams zu verstärken und so den Technologietransfer und die Expansion mittel- und osteuropäischer Unternehmen in EU-Märkte zu erleichtern.

Der EIF wird somit die Wagniskapitalbranche in den MOEL aktiv unterstützen und dabei an den Grundsätzen einer gesunden Diversifizierung seines Portfolios festhalten.



Nach den ersten Beteiligungen in dieser Region zu urteilen, wird der Beitrag des EIF nicht nur wegen seiner allgemein anerkannten Katalysatorrolle in seiner Eigenschaft als erstklassiger Hauptkapitalgeber, der den Mittelbeschaffungsprozess für die einzelnen Fondsmanagement-Teams erleichtert, positiv bewertet, sondern auch wegen seiner Bemühungen um eine Anpassung der Fondsstrukturen sowie der Bedingungen und Modalitäten der Fondsaktivitäten an die branchenüblichen Gepflogenheiten. Diese Förderung des institutionellen Entwicklungsprozesses bildet einen wichtigen Bestandteil der Tätigkeit des EIF sowohl in Osteuropa als auch an der „Südflanke“ der Europäischen Union.

Marc Schublin, EIF
Tel.: 00352 42 66 88 315
m.schublin@eif.org

EIB-Preise 2001 verliehen

EIB-Informationen

ist eine periodisch in elf EU-Sprachen erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Information und Kommunikation der Europäischen Investitionsbank.

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellenhinweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK
100, bd Konrad Adenauer
L - 2950 Luxemburg
Tel.: +352 4379-1
Fax: +352 43 77 04

Internet <http://www.eib.org>
E-mail: info@eib.org

Hauptabteilung für Finanzierungen in
Italien, Griechenland, Zypern und Malta
Via Sardegna, 38
I - 00187 Rom

Tel.: +39 - 06 4719-1
Fax: +39 - 06 42 87 34 38

Athen
364, Kifissias Ave & 1, Delfon
GR - 152 33 Halandri/Athen
Tel. +30 (1) 682 45 17-9
Fax +30 (1) 682 45 20

Berlin
Lennéstrasse, 17
D - 10785 Berlin
Tel. +49 (0) 30 59 00 479 - 0
Fax +49 (0) 30 59 00 47 99

Brüssel
Rue de la Loi, 227
B - 1040 Brüssel
Tel. +32 (0) 2 235 00 70
Fax +32 (0) 2 230 58 27

Lissabon
Regus Business Center
Avenida da Liberdade, 110-2°
P-1269-046 Lissabon
Tel.: +351 - 21 342 89 89 oder 21 342 88 48
Fax: +351 - 21 347 04 87

Madrid
Calle José Ortega y Gasset, 29
E - 28006 Madrid
Tel. +34 - 91 431 13 40
Fax +34 - 91 431 13 83

Europäischer Investitionsfonds
43, avenue J.F. Kennedy
L - 2968 Luxembourg
Tel. +352 - 42 66 88 - 1
Fax +352 - 42 66 88 - 200

www.eif.org
info@eif.org

Layout: EIB graphic workshop
Sabine Tissot

Fotos: Bildarchiv EIB,
Stone, Stock directory
Lord Rothschild,
Barcs Andre, Außenministerium,
Tunesien,
Sue Cunningham.

Gedruckt in Luxemburg von Buck
auf Papier „Arctic Silk“, hergestellt
nach „Nordic Swan“-Normen



QH-AA-01-003-DE-C

Die Gewinner des Wettbewerbs um den EIB-Preis 2001 wurden am 10. September 2001 in Luxemburg ausgezeichnet

1. Preis: "Better Schools for Europe" – Erich Gundlach und Ludger Wößmann, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Zeitreihenanalysen in einer Reihe europäischer Länder zeigen, dass gestiegene Bildungsausgaben die Leistungen der Schüler nicht verbessert haben. Gundlach und Wößmann vermuten, dass der offensichtliche Produktivitätsrückgang in der schulischen Ausbildung in Europa die Ineffizienz der Bildungseinrichtungen widerspiegelt.

Internationale Querschnittsanalysen zeigen, dass die Leistungen der Schüler in vielen europäischen Ländern deutlich verbessert werden könnten, wenn die Institutionen, von denen die Leistungsanreize für Schüler, Lehrer und Schulverwaltung abhängen, reformiert würden. Zum Beispiel könnten zentral gestellte Prüfungen, Autonomie der Schulen in Personalfragen und Wettbewerb durch private Schulen die Leistungen der Schüler steigern. Die Bildungspolitik in Europa sollte daher bei der Reform der Institutionen ansetzen und nicht bei der Erhöhung der Bildungsausgaben.

2. Preis: "Democracy in Transition Economies" – Jan Fidrmuc, Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn.

Die postkommunistischen Länder Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion führten - zumindest anfangs - politische und wirtschaftliche Reformen parallel zueinander durch. Die Arbeit von Jan Fidrmuc erforscht die Auswirkungen der zeitgleich erfolgten wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung auf das Wirtschaftswachstum.

Gezeigt wird, dass die Demokratisierung in der Anfangsphase des Übergangs (1990-93) zwar geringfügige Nachteile für das Wachstum nach sich zog, dass sie aber die fortschreitende wirt-



Die Gewinner Ludger Wößmann und Erich Gundlach (rechts) mit Professor Jacques Thisse, Vorsitzender der EIB-Preis-Jury, und Ewald Nowotny, Vizepräsident der EIB

schaftliche Liberalisierung, die wiederum äußerst positive Auswirkungen auf das Wachstum hatte, beschleunigt. Berücksichtigt man diese indirekte Folge, so ist der Gesamteffekt der Demokratisierung auf das Wachstum eindeutig positiv.

3. Preis: "The evolution of the UK North-South divide" – Gilles Duranton und Vassilis Monastiriotis, London School of Economics.

Die Daten zu den durchschnittlichen Einkommen in den verschiedenen Regionen des Vereinigten Königreichs deuten auf eine Verschärfung der regionalen Ungleichgewichte und des Nord-Süd-Gefälles hin. In dieser Arbeit werden regionale Ungleichgewichte im Vereinigten Königreich aufgeschlüsselt und Einkommensgleichungen für die Regionen des Vereinigten Königreichs im Zeitraum 1982 bis 1997 angewandt. Die Autoren weisen eine die Regionen übergreifende rasche Konvergenz bei den Determinanten der individuellen Löhne nach (d.h. regionale feste Effekte, Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern, Rendite von Ausbildung und Erfahrung).

Der Unterschied zwischen der aggregierten Divergenz und der desaggregierten Konvergenz beruht im Wesentlichen auf der Bildung. Erstens hat London bei den Löhnen und Gehältern an Boden gewonnen, weil die dort Beschäftigten während des untersuchten Zeit-

raums relativ gesehen eine höhere Bildung erwarben. Zweitens stieg die Ausbildungsrendite landesweit, was die Regionen mit dem höchsten Bildungsstand begünstigte (z.B. London). Drittens war die Ausbildungsrendite in London ursprünglich niedriger, es kam dann aber im Laufe der Zeit zu einer (teilweisen) Angleichung an die übrigen Landesteile.

Wären die Ausbildungsrendite und ihre Verteilung über die verschiedenen Regionen im gesamten Zeitraum stabil geblieben, hätte sich das Nord-Süd-Gefälle im Vereinigten Königreich verringert.

Die Gewinner Vassilis Monastiriotis und Gilles Duranton



Der EIB-Preis wurde ursprünglich aus Anlass des 25. Jahrestages der Gründung der Europäischen Investitionsbank gestiftet und wird seit 1985 alle zwei Jahre vergeben. Ziel des Wettbewerbs ist es, die originäre Forschung, die zur laufenden Debatte über die europäische Politik beiträgt, stärker zu fördern. Die ausgewählten Arbeiten wurden von ihren Autoren bei der Preisverleihung am 11. September in der EIB vorgestellt.

Die im Rahmen des EIB-Preis-Wettbewerbs 2001 ausgezeichneten Essays wurden in einer Sonderausgabe der „EIB-Papers“ veröffentlicht.

Gewinner Jan Fidrmuc

